

An den Verdi-Bundesvorstand

Liebe KollegInnen,

Das Thema ELENA erhält immer dringenderen Handlungsbedarf.

In der letzten Sitzung des Arbeitskreises ELENA (in dem die Verantwortlichen für die Umsetzung des ELENA-Verfahrens sitzen) vom 14.12.10 ist beschlossen worden einen Datenabgleich mit anderen Datenbanken (u.a. Bundesagentur für Arbeit) durchzuführen, um eine „Vollständigkeitskontrolle“ der ELENA-Daten sicherzustellen. Dies ist zur Zeit aber datenschutzrechtlich nicht zulässig. Dies ergab eine Prüfung durch das Referat Datenschutz der DRV Bund. Deshalb spricht sich der AK-ELENA für ein neues Gesetz aus, das diesen Datenabgleich erlaubt.

Hier wird das Selbstverständnis dieses AK deutlich: ELENA-Daten sollen auch noch mit anderen Daten abgeglichen werden. Das ist zwar verboten, aber dafür wird eine „Ermächtigungsgrundlage“ per Gesetz gefordert.

Der Sachverhalt ist auf der Seite 27 des Protokolls nachzulesen (<http://www.das-elena-verfahren.de/verantwortung/gremien/ak-elena/sitzungen/sitzung-05-2010/protokoll/view>).

Darüber hinaus werden ELENA-Daten seit über einem Jahr zentral gespeichert.

Im November 2010 gab es 2 aktuellen Beschlüsse des Koalitionsausschusses mit Leitung des Kanzleramtes zu Elena: Das Verfahren wird für zwei Jahre ausgesetzt; die Nutzung soll ab 01.01.2014 erfolgen. Die Federführung zu ELENA geht an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Dies ist kein Stopp des Verfahrens, sondern mittlerweile eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung.

Ich kenne keine Bescheinigung die eine Datenhistorie von mehr als 2 Jahren benötigt. Wenn dem so ist, sind sämtliche seit 01.01.10 gespeicherten Daten anlasslose Vorratsdaten (da ein geplanter Abruf ab 2014 max. Daten ab 2012 benötigt) und damit grundgesetzwidrig.

Angesichts dieser Situation sollte der Bundesvorstand eine erneute Aufforderung an die Ministerien und die Bundesregierung stellen, das ELENA-Verfahren sofort zu stoppen.

Verdi sollte sofort

- ihre eigene Datenlieferung einstellen
- die ZSS auffordern die anlasslosen Vorratsdaten unverzüglich zu löschen
- Betriebs- und Personalräte informieren
- Betriebs- und Personalräte auffordern, in ihren Betrieben dafür einzutreten, dass weitere Datenmeldungen eingestellt werden.

Angesichts der aktuellen Debatte um die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung sollte auch hierzu eine politische Stellungnahme seitens des Bundesvorstands erfolgen. Der Deutsche Journalistenverband hat gerade erneut seine Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung bekräftigt.

(<http://www.djv.de/SingleNews.20+M53daaf30bcb.0.html>)

Von Verdi habe ich nichts Aktuelles gefunden, oder habe ich etwas übersehen?

Beste Grüße aus Frankfurt

Uli Breuer